

POLITIK UND ACTIVISM

KONTAKT

UTE JUGERT

KOORDINATIONSGRUPPE SÜDAFRIKA UND SÜDLICHES AFRIKA
AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND
EMAIL: AMNESTY-ZIMBABWE@GMX.DE

FRANZISKA ULM-DÜSTERHÖFT
FACHREFERENTIN AFRIKA
SEKRETARIAT DER DEUTSCHEN SEKTION
AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND
EMAIL: FRANZISKA.ULM@AMNESTY.DE

LÄNDERPAPIER ZU SIMBABWE

„Was wir in Simbabwe seit der Machtübernahme von Präsident Emmerson Mnangagwa erlebt haben, ist ein rücksichtsloser Angriff auf die Menschenrechte, wobei das Recht auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit zunehmend eingeschränkt und kriminalisiert wird“, Muleya Mwananyanda, stellvertretender Direktor für das südliche Afrika von Amnesty International.

GEWALTSAME NIEDERSCHLAGUNG VON PROTESTEN AUCH BEREITS IM VORFELD, SYSTEMATISCHE VERFOLGUNG VON

MENSCHENRECHTSAKTIVIST_INNEN, MISSACHTUNG DES RECHTS AUF MEINUNGSFREIHEIT

Die sozio-ökonomische eklatant schlechte Situation im Land, auf die Mnangagwa bisher nicht angemessen reagierte, sondern stattdessen die Preise für Grundnahrungsmittel und Kraftstoff erhöhte, löste in vielen Städten in Simbabwe Demonstrationen und Proteste aus. Regelmäßig und systematisch geht die Polizei äußerst brutal gegen friedliche Demonstrierende vor. Nach der gewaltsamen Auflösung der Proteste durch die Staatsgewalt, verfolgen Polizeikräfte gezielt einzelne Bürger_innen, die sich vermeintlich an den Protesten beteiligt haben sollen. Politischen Aktivist_innen, die friedlich durch Proteste und Demonstrationen eine Verbesserung der Zustände im Land fordern, drohen Verhaftung, Folter und Willkür.

Am Donnerstag, den 15. August 2019 kündigte die Polizei Simbawwes mit Presseerklärung an, dass sie die Proteste verbiete, weil diese angeblich gewalttätig werden würden. Nach der Niederschlagung der Demonstration wurden etwa 128 Aktivist_innen verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Die landesweiten Proteste, die in vier weiteren Städten geplant waren, wurden ebenfalls verboten, aufgelöst und im Anschluss einige Aktivist_innen verhaftet.

Tatenda Mombayarara, wurde in der Nacht zum 13. August von unbekanntem Männern, die mit AK-47-Gewehren bewaffnet waren, aus seinem Haus in Chitungwiza entführt. Die Männer legten ihm einen Plastiksack über den Kopf, packten ihn in ihr Auto und fuhren weg. Mombayarara wurde schwer mit Metallstäben an seinen Füßen und am Gesäß geschlagen, bevor die Männer ihn in der Nähe einer Grube in Hatfield, einem Vorort im Süden von Harare, absetzten und ihn zum Sterben zurückließen. Er wird derzeit im Krankenhaus wegen der von ihm erlittenen schweren Verletzungen behandelt. Während der Schläge wurde ihm vorgeworfen, an der Organisation der für den 16. August geplanten Proteste beteiligt gewesen zu sein. Die Männer bedrohten ihn und sagten: „Wir werden uns um euch alle kümmern“.

Nach der Schießerei vom 1. August 2018 bestätigte die Polizei, dass drei Menschen getötet wurden, als Soldat_innen auf Demonstrierende schossen die davon liefen. Die Zahl wurde später auf sechs erhöht. Einige der Verletzten und Toten wurden von hinten erschossen. Die Armee befahl auch Journalist_innen, die über die Proteste berichteten, ihre Videoaufnahmegeräte und Kameras auszuschalten.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Politik und Activism . Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-444
E: themen@amnesty.de . W: www.amnesty.de

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFS WDE 33XXX

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Anfang des Jahres 2019 dokumentierte Amnesty International mindestens 15 Morde durch die Polizei nach den ersten landesweiten Protesten am 14. Januar gegen die Ankündigung von Kraftstoffpreissteigerungen. Der Staat führte Massenverhaftungen durch, bei denen Hunderte von Menschen unter anderem wegen angeblich gewaltsamen Vorgehens in der Öffentlichkeit verhaftet wurden. Bis Ende April wurden fast 400 Personen von den Gerichten verurteilt, die meisten von ihnen in Eilverfahren.

Die Polizeikräfte nutzen dabei übermäßig gewaltsame und tödliche Mittel wie Tränengas, Schlagstöcke, Wasserwerfer und scharfe Munition. Sie führen Hausdurchsuchungen durch und verfolgen einzelne Aktivist_innen mit besonderer Härte, um die Organisator_innen des Protestes und prominente Führungspersonen aufzuspüren und zum Schweigen zu bringen. Einige der Verhafteten – darunter Evan Mawarire, ein bekannter lokaler Geistlicher und Aktivist, und Gewerkschaftsführer Peter Mutasa – wurden des angeblichen Verrats angeklagt. 22 weiteren Personen wurde vorgeworfen, die verfassungsmäßige Regierung mit ihren Protesten untergraben zu wollen.

Im Mai wurden sieben Menschenrechtsverteidiger_innen am Robert Mugabe International Airport verhaftet, als sie von einem Workshop zum Thema gewaltfreie Protesttaktiken auf den Malediven zurückkehrten. Den Aktivist_innen Stabile Dewah, George Makoni, Tatenda Mombeyarara, Gamuchirai Mukura, Nyasha Mpahlo, Farirai Gumbonzvanda und Rita Nyamupinga wurde vorgeworfen, „die Regierung von Präsident Emmerson Mnangagwa zu stürzen“. Sie erhielten bisher kein faires Verfahren.

Entführungen und Folter von Menschenrechtsaktivist_innen, um sie davon abzuhalten, ihre Meinung frei zu äußern, werden weiterhin vorgenommen. Am 21. August wurde die Komikerin Samantha Kureya von maskierten Männern aus ihrem Haus entführt und gefoltert, nachdem sie einen Sketch über Polizeibrutalität veröffentlicht hatte.

EMPFEHLUNGEN AN DIE DEUTSCHE BUNDESREGIERUNG

Die deutsche Bundesregierung möge auf die Regierung Simbabwe einwirken, damit diese, die Menschenrechte umfassend für jedermann achtet, einschließlich des Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit:

- das eskalierende Durchgreifen und die Angriffe auf friedliche Demonstrierende, Menschenrechtsverteidiger_innen, Aktivist_innen, Führungspersonen der Zivilgesellschaft und Anhänger_innen der Opposition u.a. durch die Sicherheitskräfte und militanten Jugendgruppen unverzüglich einzustellen;
- eine gründliche, effektive und unparteiische Untersuchung der Morde an Demonstrierenden einleiten, von denen einige auf der Flucht getötet wurden, während diejenigen, bei denen festgestellt wurde, dass sie unrechtmäßig gehandelt haben, durch faire Prozesse vor Gericht gestellt werden;



- sicherzustellen, dass alle Opfer von Gewaltanwendung Zugang zum Recht und zu einem wirksamen Rechtsbehelf haben, einschließlich einer angemessenen Entschädigung und Garantien für die Nichtwiederholung;
- unverzüglich, gründlich, unparteiisch und unabhängig Behauptungen über Menschenrechtsverletzungen und -verletzungen, einschließlich Vergewaltigung und anderen sexuellen Missbrauchs von Frauen durch Sicherheitskräfte, zu untersuchen.
- es den Menschen zu ermöglichen, ihre Meinung friedlich zum Ausdruck zu bringen und das Recht auf Meinungsfreiheit zu achten;
- selbst wenn es im Rahmen eines Protestes zu Gewalt kommt und die Anwendung von Gewalt unvermeidlich ist, nur ein Mindestmaß an Gewalt anzuwenden, um die Situation einzudämmen. Dies muss nach den Grundprinzipien der Vereinten Nationen für den Einsatz von Gewalt und Schusswaffen durch Strafverfolgungsbeamte geschehen.

Amnesty International empfiehlt zudem der deutschen Botschaft in Simbabwe:

- Beobachtungen von Prozessen gegen Menschenrechtler_innen sowie Regierungskritiker_innen zu tätigen, um deren Schutz zu erhöhen.
- weiterhin aktiv Menschenrechtsarbeit vor Ort zu unterstützen, z.B. durch die Bereitstellung geschützter Räume.
- die EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen auf der Homepage der deutschen Botschaft in Simbabwe gut auffindbar einzustellen und auf der Homepage weiter auf die Stärkung der Menschenrechte und der Zivilgesellschaft abzielende Beiträge zu veröffentlichen.

